

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 5 (1925-1926)
Heft: 5

Artikel: Einige Bemerkungen zu den Nationalratswahlen
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329155>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

5. HEFT

JANUAR 1926

V. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Einige Bemerkungen zu den Nationalratswahlen.

Von Ernst Reinhard.

Wenn Mißerfolge eintreten, fragt man sofort nach den Gründen; sind Erfolge zu verzeichnen, kümmern einem die Ursachen nicht sehr stark. Die letzten Nationalratswahlen brachten einen Sieg. Welches waren die Ursachen und was hat die Partei daraus für Schlüsse zu ziehen?

Ein wesentlicher Schluß ist wohl der, daß sie das gute Ergebnis ihrer energischen und ruhigen Sachpolitik verdankt. Es ist durchaus nicht etwa, um die Gegensätze zur Spitze zu treiben, wenn ich entschieden behaupten kann: gerade weil die Partei es ablehnte, Wahlpolitik zu treiben, hat sie Wahlerfolge davongetragen. Sie hat in den drei Jahren der letzten Legislaturperiode scharf für ihre sachlichen Postulate gekämpft; daß sich dieser Kampf gerade vor den Wahlen verschärfte in den Fragen der Steuerung, des Getreidemonopols, des Wohnungselendes, war nur die logische Konsequenz ihrer bisherigen Haltung. Nur dümmste Beschränktheit auf bürgerlicher Seite konnte glauben, jene Zuspitzung des Konfliktes im letzten Augenblick sei der Wahlen wegen geschehen. Hätte die Partei nicht längst für die gerechte Getreideversorgung, für eine staatliche Regelung des Wohnungswesens, gegen Steuerung und Arbeitslosigkeit gekämpft, hätte sie noch rasch vor den Wahlen zur Aufpeitschung der Massen einige Forderungen aufgestellt, dann wäre sie sicher verloren gewesen. Will man überhaupt von Wahlpolitik sprechen, dann hat die Partei durch ihre sozialistisch orientierte Sachpolitik seit drei Jahren, besser seit ihrem Bestehen überhaupt, Wahlpolitik getrieben. In diesem Sinne darf auch gesagt werden, daß heute schon der Kampf um die Nationalratswahlen 1928 beginnt.

Erfolge erfreuen aber nicht nur, sie verpflichten. Ueber 200,000 Wähler haben der Sozialdemokratischen Partei gestimmt; wie viele davon sind wirklich Sozialdemokraten? Einen Anhaltspunkt zum Ver-

gleich bietet vielleicht die Gegenüberstellung der Parteimitglieder und der sozialdemokratischen Wähler in den einzelnen Kantonen. Die Anzahl der Parteimitglieder verhält sich zu der Anzahl der Wähler in den einzelnen Kantonen :

Luzern.	1 : 3,4
Bern	1 : 4,0
Solothurn	1 : 4,4
Neuenburg.	1 : 4,5
Baselland	1 : 4,6
Zürich.	1 : 5,5
St. Gallen.	1 : 5,6
Graubünden	1 : 5,7
Thurgau.	1 : 5,9
Freiburg.	1 : 6,1
Genf	1 : 6,7
Baselstadt	1 : 7,1
Nargau	1 : 8,7
Zug.	1 : 10,3
Schwyz	1 : 11,2
Tessin	1 : 12,5
Appenzell	1 : 13,1
Vaadt	1 : 18,7
Wallis	1 : 23,3

Während also in Luzern auf 3,4 Wähler ein organisiertes Parteimitglied kommt, trifft es im Kanton Wallis ein Parteimitglied erst auf 23,3 Wähler.

Nun darf man allerdings in diese Zahlen nicht zu viel hinein-geheimnissen wollen. Im allgemeinen läßt sich ja sagen, daß die Kantone, die in dieser Liste stehen, auch am besten abgeschnitten haben. Bern, Neuenburg, Zürich und St. Gallen sind sicher Beweise dafür, während die Waadt nicht als Beweis dagegen aufgeführt werden darf, da hier zum erstenmal der Stimmzwang durchgeführt wurde und so der Partei, ohne eigentliche Agitation und trotz der unerfreulichen Krise, in der sie sich samt ihrer Presse befand, fast unverdient Wähler zugeführt wurden. Man soll aber nicht vergessen, daß sich unter den Spitzenkantonen auch Graubünden befindet, das uns den einzigen Mandatverlust brachte. Sicherlich aber darf daraus gefolgert werden, daß ganz allgemein unsere Organisationsverhältnisse sehr schlechte sind. In der ganzen Schweiz kommt auf 7 Wähler nur 1 sozialdemokratisches Parteimitglied, in Wien trifft es deren etwa 4! Da muß nun unbedingt weitergearbeitet werden. In keinem einzigen unserer Kantone sind die Organisationsverhältnisse so, daß wir mit den Wählerzahlen der Nationalratswahlen als einer festen und sichern Gefolgschaft rechnen können. Das ist nicht der Fall; eine Täuschung darüber könnte uns nur zu falschen und schlecht angelegten Kraftproben verleiten, wie das 1922 am 3. Dezember der Fall war. Die Partei-

organisationen haben hier noch eine große Aufgabe vor sich ; dankbar sind sie vollends für unser Parteisekretariat. Es muß dem welschen Sekretär geradezu eine Freude sein, in den Kantonen Waadt, Wallis, Genf, Freiburg die Organisationsziffer den Wahlziffern anzunähern.

Doch kann diese riesige Arbeit nicht geleistet werden, ohne daß eine gründliche Schulung unserer Vertrauensmänner durchgeführt wird. Die Kantone, welche die größten Erfolge erzielten, wie Bern, Neuenburg, Aargau, Zürich, St. Gallen, sind gerade auch die, in denen (mit dem Kanton Luzern !) das Vertrauensmännersystem am besten ausgebildet ist. Und vielleicht darf ich auch bitten, den letzten Jahresbericht der Arbeiterbildungszentrale zu konsultieren und besonders die Situationskarte der lokalen Bildungsausschüsse zu Rate zu ziehen : Es sind wieder die Kantone, in denen unser Bildungswesen am gesundesten sich entwickelt, die auch die größten Erfolge brachten. Die Bildungsarbeit, nicht nur die der Zentrale, sondern auch der Kantone selbst (man denke an Zürich und Bern), haben uns systematisch Vertrauensleute herangebildet, auf die man sich verlassen kann. Schon im letzten Februar und März führte beispielsweise Bern seine Vertrauensmännerkurse durch ; sie waren sehr stark besucht. Hier wurde das Rader erzogen, das in den kleinen, aber wichtigen Stellen die Führung übernahm und ihre Truppe entschieden zum Ziele führte. Der beste Generalstab wäre machtlos gewesen ohne diese Vertrauensleute. Sie sind eigentlich die Sieger im Kampfe geblieben.

Das ist vielleicht die wichtigste Lehre, die wir aus dem letzten Kampfe ziehen dürfen : Man tut nie zuviel für die Erziehung, die Bildung der Vertrauensleute. Alle unsere Erfolge täuschen, wenn es uns nicht gelingt, durch ein festgezogenes, wohl und planvoll gelegtes Netz von sicheren Vertrauensleuten diese sympathisierenden Mitläufer zu überzeugten Kerntruppen der Partei heranzubilden. Das aber ist nun Aufgabe der Bildungsarbeit. Es ist durchaus notwendig, daß sich in allen Kreisen der Partei die Ueberzeugung durchsetzt: Gelder, die für die Bildung der Vertrauensleute ausgegeben werden, sind nicht verloren, auch wenn sich die Erfolge nicht sofort zeigen und wenn hier und da einer zu Vertrauensmännerkursen einberufen wird, der enttäuscht. Die Ausbildung der Vertrauensleute sollte immer in Verbindung mit der Bildungszentrale geschehen ; sie wird die Aufgabe der Vertrauensmännerkurse entweder selbst übernehmen, wie das für die zentralen Ferienkurse beabsichtigt ist, oder wird sie in den größeren Ortschaften den lokalen Ausschüssen überbinden. Versagen ihre Organe, dann muß die Kantonalpartei solche Kurse regional organisieren. Die Aufgabe läßt sich aber nicht wenige Wochen vor den nächsten Wahlen lösen ; sie braucht, wie alle Erziehungsaufgaben, sehr viel Zeit und muß daher unverzüglich angepackt werden. Hier darf es kein Müdewerden geben.

Hätte man überall diese Aufgabe ernst genommen und begriffen, daß die Partei nie zuviel Vertrauensleute haben kann, dann hätte man sich im einen oder andern Kanton sicher gehütet, wertvolle Zeit für nutzlose Zänkereien und zur Kaltstellung immerhin tüchtiger Leute

zu verwenden, man wäre auch gelegentlich weniger auf das Nebengeleise dogmatisch-religiöser Zänkereien verfallen und hätte dafür sicherlich nicht die Wahrung lebenswichtiger Interessen des arbeitenden Volkes kreisen überlassen, die außerhalb der Partei stehen. Das alles hat uns beispielsweise in Graubünden den Sitz gekostet. Man hätte vielleicht auch begriffen, daß es, ohne die Frage der Regierungsbeteiligung damit irgendwie berühren zu wollen, doch viel wichtiger ist, in zwanzig Ortschaften ebenso viele sichere Vertrauensleute zu besitzen, als einen Vertrauensmann in der Regierung zu sehen. Die Verkenntung dieser Tatsache hat vielleicht, in Verbindung mit der Abwanderung, im Kanton Tessin unsere Wählerzahlen zurückgehen lassen; sie hat, vielleicht in Verbindung mit andern, hier nicht zu diskutierenden Dingen, im Kanton Baselstadt uns nicht die Erfolge gebracht, die wir allgemein erwartet haben.

Nun sind einzelne Kantone tatsächlich finanziell nicht stark genug; ihr Organisationsgebiet ist dagegen viel zu groß, als daß sie die Aufgabe selbst lösen könnten. Es wird Aufgabe der Geschäftsleitung sein, mit diesen Kantonen die nötigen Maßnahmen zu beraten und ihnen die Hilfe angedeihen zu lassen, die sie notwendig haben.

Wirtschaftlichkeit in privaten und staatlichen Betrieben.

Von Robert Bratschi.

I.

Wirtschaftliche Betriebsführung ist das Schlagwort der Stunde. Wir bezeichnen es als Schlagwort, weil es von vielen im Munde geführt wird, die nicht im geringsten ernsthaft daran denken, dort wo sie zu entscheiden haben, alles zu tun, um eine wirklich wirtschaftliche Betriebsführung herbeizuführen. Andere sind auch nicht fähig das zu tun. Wieder andere — und deren Zahl ist nicht klein — machen sich von der geforderten Wirtschaftlichkeit gar keine richtige Vorstellung. Für sie ist nur das Eine gewiß, nämlich, daß der private Betrieb einfach, kaufmännisch, wirtschaftlich, der Staatsbetrieb aber bureaukratisch, schwerfällig, unwirtschaftlich sei.

Im Nachstehenden sollen einige Betrachtungen über die wirtschaftliche Betriebsführung unserer Bahnen angestellt werden. Dieses Gebiet ist ganz besonders geeignet, Vergleiche anzustellen, um sich ein Bild darüber zu machen, ob wirklich der Staatsbetrieb unpraktischer und daher unwirtschaftlicher sein müsse als der private Betrieb, weil neben unsern Bundesbahnen in der Schweiz noch eine sehr große Zahl von Bahnen bestehen, die privaten Gesellschaften gehören und von ihnen betrieben werden. Selbstverständlich machen diese Ausführungen nicht Anspruch auf Vollständigkeit. Es liegt uns nur daran, einmal auch an dieser Stelle auf die wirklichen Verhältnisse, insbesondere in der Verwaltung unserer Bahnen, hinzuweisen.